



**FRENTE
SINDICAL
DE ACCION
CLIMATICA**

Die Leugnung des Klimawandels und die Krise der Gewerkschaften Macht, Arbeit und ökologische Chancen – von Sol Klas und Gerardo Juara*

Im Dezember 2025 richtete die Rosa-Luxemburg-Stiftung die Konferenz »Labour Environmentalism – Krise, Perspektive und Strategien« aus. Dafür wurde ein Text verfasst, der die Erfahrungen der argentinischen »Frente Sindical de Accion Climática« (FSAC, etwa: klimapolitischer Gewerkschaftszusammenschluss) verarbeitet. Er diskutiert, warum es Gewerkschaften so schwer fällt, angemessen auf die ökologische Krise zu reagieren und welche Strategien sie klimapolitisch verfolgen könnten – in einer Zeit, in der (nicht nur in Argentinien) die Folgen des Klimawandels geleugnet und die von ihnen Betroffenen im Stich gelassen werden. Im *express* wurde bereits eine gekürzte und bearbeitete Fassung veröffentlicht. Hier ist nun die übersetzte Langfassung des Textes, der spanische Originaltext findet sich auf der [homepage des TraSAs Netzwerks](#)¹.

Einleitung

Die Leugnung des Klimawandels kann nicht einfach als ideologische Haltung oder ein Mangel an wissenschaftlichen Informationen verstanden werden. In ihrer heutigen Form wirkt sie als Herrschaftstechnik, als Regierungsform, die Worte, Wahrnehmungen und soziale Beziehungen so umgestaltet, dass die Idee des Gemeinwohls an sich außer Kraft gesetzt wird. Ihr Ziel ist es nicht, zu überzeugen, sondern zu desorganisieren. Ihr Ziel ist nicht der Konsens, sondern die Verhinderung kollektiven Handelns.

Das Argentinien unter Mileis Regierung bietet ein besonders extremes Beispiel für diese Logik. Sie hat die Leugnung des Klimawandels institutionalisiert: Es ist in der öffentliche Verwaltung verboten, über den Klimawandel zu sprechen, Ministerien für Umwelt, Gender und Diversität werden abgeschafft, dem Wissenschaftssystem die finanziellen Mittel gestrichen und die Idee einer öffentlichen Politik wird durch eine Rhetorik der individuellen Freiheit ersetzt, die jede kollektive Verantwortung dementiert¹. Das Ergebnis ist kein schwacher Staat, sondern ein Staat, der bewusst auf seine Fürsorgefunktion verzichtet und dem Markt und der Prekarität die Regulierung des Lebens überlässt.

Diese Machttechnik basiert nicht auf Ignoranz, sondern auf sozialer Erschöpfung. . Sie beutet die Politikverdrossenheit, arbeitsplatzbezogene Ängste und Gefühle der Entfremdung aus, die große Teile der Arbeiter:innen erfasst hat. Sie leugnet nicht den Klimawandel an sich, der Öffentlichkeit wird das Recht genommen, über ihn zu sprechen und so auf

¹ TraSAs steht für deutsch-argentinisches Netzwerks sozial-ökologischer Transformation und wurde von Wissenschaftler:innen der Universität Jena gemeinsam mit argentinischen Kolleg:innen von Forschungsinstitutionen aus Argentinien gegründet (CEUR-Conicet, CEED-UNSAM und IDEHSI-UBA). Der spanische Originaltext ist abrufbar unter: <https://trasas.uni-jena.de/01-12-25-labour-environmentalism-krise-perspektive-und-strategien/>

ihn zu reagieren. Die Klimawandelleugnung macht das Sprechen und somit auch das Handeln gegen den Klimawandel unmöglich.

Die Gewerkschaftsbewegung steht dementsprechend vor einer beispiellosen Herausforderung. Jahrzehntlang waren Arbeiter:innen durch ihr kollektives Handeln in der Lage, regressiven Wirtschaftsmodellen entgegenzutreten. Doch heute stehen sie einer Macht gegenüber, die sich nicht als Feindin der Arbeiter:innen präsentiert, sondern als deren vermeintliche Befreierin.

Die Reaktion der Gewerkschaften gestaltet sich allerdings weitgehend zurückhaltend, unkoordiniert und uneinheitlich. Grund dafür ist die Erosion ihres eigenen Interpretationsrahmens: In einer Zeit, in der die Produktion selbst zum Teil des Problems geworden ist, interpretieren die Gewerkschaften die Welt weiterhin durch die Brille produktivistischer Kategorien.

Das Ziel der folgenden Thesen ist es, diese politische Krise der Gewerkschaften neu zu betrachten, von der ökologischen Krise aus. Es geht nicht darum, das Klima als neues Thema in die Gewerkschaftsagenda aufzunehmen, sondern darum, zu verstehen, dass Umweltzerstörung und die Prekarisierung der Arbeit Teil derselben strukturellen Veränderung sind. Mit der Leugnung des Klimawandels ist nicht nur die Leugnung wissenschaftlicher Erkenntnisse gemeint, sondern vor allem die Leugnung der sozialen Verantwortung der Arbeit. Angesichts dessen erscheint *labour environmentalism* – in unserem Fall die Erfahrung in der »Frente Sindical de Accion Climática« – als Laboratorium für eine neue Grammatik der Arbeit: eine, die den Schutz des Lebens mit dem Schutz von Arbeitsplätzen, Eigentum und Demokratie verbindet.

1. Klimawandelleugnung als Herrschaftstechnik

Das Wort Leugnung bezeichnet üblicherweise eine irrationale Abwehr wissenschaftlicher Beweise. Die heutige Leugnung des Klimawandels basiert jedoch nicht auf Ignoranz, sondern auf einer Strategie. Mit ihr sollen kollektive Emotionen (Angst, Ressentiments, Stolz) ausgelöst werden, um eine unhaltbare Wirtschaftsordnung aufrechtzuerhalten.

In Argentinien drückt sich diese Ordnung in einer Regierung aus, die nicht den Umstand des ökologischen Kollapses leugnet, sondern dessen politische Relevanz. Das hat eine spezifische administrative Form: Politik wird auf Buchhaltung reduziert, der Staat auf ein Unternehmen und der Bürger auf einen Kunden. Die Unterdrückung einer Sprache über den Klimawandel wirkt wie eine Privatisierung des Bewusstseins: Es existiert nur das, was sich monetarisieren lässt². Auf der Ablehnung der Idee, dass die Welt ein Gemeingut ist, baut ein postmoderner Autoritarismus auf, der wirksamer als die direkte Zensur ist, er ist ein Autoritarismus des Desinteresses.

Dieser Wandel zeigt sich deutlich im libertären Diskurs des Präsidenten Javier Milei. Indem er »Freiheit« statt einer »ökologischen Diktatur« oder eines »Klimamarkxismus« verspricht, kehrt er die moralische Ordnung um: Der Schutz der Umwelt wird zu einer Bedrohung für den individuellen Wohlstand. Statt einer Leugnung der Wissenschaft setzt sich eine Leugnung der Verantwortung durch: eine Politik des Stolzes steht einer der Politik der Schuld gegenüber, der individuelle Erfolg der Kooperation. Die Bevölkerung fühlt sich nicht mehr als Teil dieser Welt, sondern als Nutznießer:innen von begrenzten Ressourcen.

Die Wirksamkeit dieser Machttechnik liegt darin, dass sie Prekarität in Identität verwandeln kann. Die Arbeiter:innen, die durch jahrzehntelange neoliberale Reformen verarmt sind, werden dazu aufgefordert, sich als Opfer der »grünen und woken Agenda« zu verstehen. Die Angst, das Wenige zu verlieren, das man hat, verwandelt sich in Loyalität gegenüber denen, die versprechen, es zu schützen. Die Machttechnik zerstört nicht einfach das Vertrauen in die Politik: Sie nutzt sie für ihre Zwecke

Die Gewerkschaften, die im Verlauf der Geschichte gegen die individuellen Ängste solidarische Strukturen aufgebaut haben, stehen heute einer Macht gegenüber, die stattdessen Angst in Form von Ressentiments organisiert. Diese Umkehrung ist der Kern des Problems. Wo früher Unzufriedenheit in Streiks kollektiviert wurde, wird sie heute in sozialen Netzwerken kanalisiert; wo früher Ungerechtigkeit Bewusstsein schuf, führt sie heute zur Isolation. Die klimaskeptische Rechte muss sich nicht um die Bedürfnisse der Arbeiter:innen kümmern. Es reicht ihr, wenn sich die Arbeiter:innen alleine fühlen.

Dieses Phänomen findet sich nicht nur in Argentinien. Überall auf der Welt haben rechte Kräfte gelernt, die schlechten Arbeitsbedingungen zu instrumentalisieren und als kulturellen Widerstand den ökologischen und technologischen Transformationen entgegenzustellen. In Europa, den Vereinigten Staaten und Brasilien wiederholt sich dasselbe Muster: An den Rand gedrängte Sektoren schließen sich Diskursen an, die den Klimawandel leugnen oder Regulierungen ablehnen, weil sie diese Politik als eine von außen auferlegte empfinden. Die Strategie ist global: Es soll eine reaktionäre Arbeiter:innenidentität wiederaufgebaut werden, die nicht auf Klassensolidarität, sondern auf einer Nostalgie der Industriearbeit fußt.

Die Leugnung des Klimawandels ist eine Politik der Nostalgie. Sie verspricht die Wiederherstellung einer Vergangenheit, in der Arbeit Würde verlieh, auch wenn diese Vergangenheit nicht mehr existiert. Gleichzeitig schürt sie Illusionen,

² Es könnte jedoch monetarisiert werden, wenn die verschiedenen Ökosystemleistungen, die die Gebiete als Teil ihres Naturkapitals erbringen, wirtschaftlich bewertet würden...

während parallel die materiellen Bedingungen abgebaut werden, die die Würde der Arbeit überhaupt ermöglichen: Tarifverhandlungen, Sozialschutz, öffentliche Planung. Die Klimawandelleugnung bietet keine Stabilität, sondern emotionale Zugehörigkeit in einer fragmentierten Welt.

Die argentinische Regierung ist sich dessen bewusst und wendet diese Machttechnik gezielt an. Die Rhetorik über „die Kaste“ und „den parasitären Staat“ strebt keine rationale Debatte an, sondern eine symbolische Säuberung: diejenigen, die an die organisierte Arbeit erinnern, sollen aus der nationalen Gemeinschaft ausgestoßen werden. Die Gewerkschaften werden als Feind des Fortschritts dargestellt. **Das darauffolgende Schweigen oder die Zurückhaltung der Gewerkschaften** angesichts dieser Offensive zeugt nicht von Neutralität, sondern ist ein Symptom ihrer Orientierungslosigkeit.

Diese Orientierungslosigkeit hat weit zurückliegende Ursprünge. Die Gewerkschaften in Argentinien als auch in gesamt Lateinamerika entstanden aus einer produktivistischen Auffassung von Arbeit: Der Schutz der Arbeiter:innen bedeutete den Schutz der Produktion. Heutzutage ist die Produktion jedoch selbst zu einer Quelle der Zerstörung und Ungleichheit geworden. Standortverlagerungen, Rohstoffabbau und globale Lieferketten haben die Verbindung zwischen Arbeit, Territorium und Wohlstand zerstört. Der alte fordistische Pakt wurde aufgelöst, und mit ihm die Gewissheit, dass mehr Beschäftigung zu mehr Gerechtigkeit führt.

Diese Form der Klimawandelleugnung erzeugt Resonanz, weil sie eine einfache Erklärung für eine komplexe Krise bietet. Sie vermittelt dem Arbeitnehmer:innen: »Dein Leid ist nicht die Folge des Wirtschaftsmodells, sondern des Umwelt- und Klimaschutzes.« Es ist eine beruhigende, wenn auch falsche Erzählung, die es vermeidet, sich mit der wahren Ursache des Problems auseinanderzusetzen: der Art und Weise, wie das globale Kapital den gesellschaftlichen Reichtum von der Produktion und die Produktion von der Sorge für die Welt abgekoppelt hat. Wenn die Klimawandelleugnung eine Machttechnik ist, die politische Vorstellungskraft blockiert, kann die Aufgabe der Gewerkschaften nicht nur darin bestehen, sich ihr zu widersetzen: Sie müssen wieder Worte finden, um die ökologische Zerstörung zu benennen. Im heutigen Argentinien ist es bereits ein Akt des zivilen Ungehorsams, über den Klimawandel zu sprechen. Denn die Arbeit kann nicht ohne die Welt existieren, die sie erhält.

Der nächste Abschnitt befasst sich genau mit dieser Frage: Wie hängen die Fragmentierung und Trägheit der Gewerkschaftsbewegung mit dem Verlust ihrer Fähigkeit zusammen, die Gegenwart zu interpretieren, und welche Risse (wenn sie auch klein sein mögen, wie die FSAC) kündigen eine mögliche Neugestaltung der Arbeit als Praxis zur Verteidigung des Gemeinsamen an?

2. Die Antwort der Gewerkschaften: Zersplitterung und Trägheit

Die argentinische Gewerkschaftsbewegung befindet sich in einer paradoxen Situation. Einerseits verfügt sie über eine der am stärksten institutionalisierten Strukturen mit der größten Verhandlungsmacht in Lateinamerika. Andererseits wurde ihre kollektive Stimme angesichts der wirtschaftlichen, technologischen und ökologischen Veränderungen der letzten Jahre geschwächt. Die Leugnung des Klimawandels als Teil der Machtstrategie hat diese Schwäche nur noch deutlicher gemacht: Ihre Struktur ist robust, aber politisch desorientiert.

2.1. Eine gespaltene Bewegung durch die Krise der Sprache

Die Gewerkschaftsbewegung entstand zu Zeiten einer produktivistischen Grammatik, einem Erbe der Industrialisierung: Die Verteidigung der Beschäftigungsverhältnisse bedeutete den Schutz der Produktion. Aber in einer Zeit, in der die Produktion selbst irreversible Schäden verursacht, ist es nicht mehr so einfach. Die Gewerkschaften befinden sich somit

in einem Spannungsfeld zwischen zwei Aufgaben: der Verteidigung von Arbeitsplätzen, die das unmittelbare Überleben sichern, und der Verteidigung des Lebens, des Fortbestands der Menschheit.

Diese Spannungen wurden durch die Ausbreitung der Klimawandelleugnung immer unaushaltbarer. Einige Gewerkschaftssektoren entschieden sich für eine offene Konfrontation und prangerten den ökologischen und sozialen Abbau an. Andere wählten eine Strategie, sie versuchten, ihre Positionen zu bewahren, ohne die Regierung zu stark zu konfrontieren, da sie bei einem großen Teil ihrer Basis noch immer beliebt ist. Die Mehrheit schwankte zwischen Vorsicht und Verwirrung.

Auf dem Spiel steht zugleich die Fähigkeit, Vorgänge überhaupt zu benennen. Die Gewerkschaften sind es gewohnt, über Greifbares zu verhandeln: Löhne, Tarifverträge, Arbeitszeiten. Nun sehen sie sich mit diffusen Schäden konfrontiert: Brände, Dürren, Umweltverschmutzung, Verlust der Artenvielfalt. Das sind Phänomene ohne klaren Bezug zur Arbeit, bei denen Verantwortliche und Opfer zeitlich noch räumlich übereinstimmen. In diesem Vakuum verliert das Wort „Gewerkschaft“ seine Bedeutung.

Die Klimawandelleugnung nutzt diese sprachliche Lücke aus. Rechtsextreme Regierungen reduzieren ihre Rhetorik auf Parolen für die Freiheit und gegen Privilegien. Angesichts dieser Schwierigkeiten verstricken sich die Gewerkschaften zu oft in Fachjargon, wenn es um Ökologie geht – oder sie schweigen gleich ganz. Die Macht spricht in prägnanten Sätzen, Gewerkschaften in langen Absätzen. Diese Asymmetrie führen zu politischen Niederlagen. Bleiben wir noch etwas bei den Problemen, die das produktivistische Erbe der Gewerkschaften in der heutigen Zeit mit sich bringt.

2.2. Die Erosion der kollektiven Identität

Während des Industriezeitalters konstituierte sich die Identität der Arbeiter:innen durch die Fabrik, die Gewerkschaft und den Staat. Heute befinden sich alle drei Institutionen in einer Krise. Die ehemals gemeinsame Arbeit wird durch digitale Plattformen vereinzelt und zerfällt in fragmentierte Beschäftigungsverhältnisse, die Gewerkschaften verlieren Mitglieder und Macht, der Staat gibt seine regulierende Rolle auf. Dadurch löst sich die kollektive Identität auf und individuelle Ängste dominieren. Die Gewerkschaften waren früher das Sprachrohr für soziale Ängste, heute leiden sie unter ihnen, ohne sie zum Ausdruck bringen zu können. Die prekären Arbeitsverhältnisse werden als persönliches Schicksal erlebt, nicht als gemeinsames Problem. Dies steht Solidarität im Weg und nährt die Narrative der Rechten, nach dem Motto: »Niemand kümmert sich um Dich, außer Du selbst.«

Die Frente Sindical de Acción Climática (FSAC) setzt genau an diesem blinden Fleck an. Sie stellt die beiden Überzeugungen in Frage, die behaupten, Umweltschutz sei der Feind der Arbeit und Ökologie ein Thema der urbanen Eliten. Die FSAC gründete sich auf der simplen Feststellung, dass es ohne gesunde Umwelt gar keine Arbeit gibt. Die Organisation zeichnet sich nicht durch ihre Größe sondern ihre Fähigkeit aus, Sprache, Territorium und Arbeitserfahrung wieder miteinander zu verbinden.³

Allerdings ist ihre Position fragil. Die meisten Gewerkschaftszentralen betrachten sie mit distanzierter Sympathie. Nicht weil sie ideologisch nicht übereinstimmen würden, sondern aus Trägheit: Die Einbeziehung der Klimafrage würde ein Neudenken der Doktrinen des klassischen Gewerkschaftsbewegung bedeuten. Im Zentrum ihres Wertekanons stünde dann nicht mehr die Produktion.

³ Der FSAC hat seit 2023 das von der WHO übernommene Konzept „One Health“ in seine Ausbildungsprogramme aufgenommen, um die gegenseitige Abhängigkeit zwischen der Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt zu unterstreichen.

2.3. Zwischen Geschichte und Enteignung

Die Leugnung des Klimawandels findet Anhänger:innen, weil sie als Verteidigung der Mehrheit gegen die »Schreibtischökologen« präsentiert wird. In von Armut und Ungleichheit geprägten Ländern wirkt ein Diskurs, der die Produktion in Frage stellt, wie moralischer Luxus. Die Klimawandelleugnung eignet sich die Sprache der Arbeit an: Sie verspricht, der Arbeit Würde zurückzugeben, auch wenn sie eigentlich die materiellen Bedingungen dafür zerstört.

In der Vergangenheit haben die Gewerkschaften die ökologische Frage an Techniker:innen oder den Staat delegiert und daher wenig auf diesem Feld vorzuweisen. Sie haben an ihrer Fortschrittserzählung von mehr Produktion, mehr Beschäftigung und mehr Wohlstand festgehalten. Das reicht heute nicht mehr aus. Nicht weil die Arbeit an sich an Wert verloren hätte, sondern weil die Arbeit selbst zu einem Feld ökologischer Auseinandersetzungen geworden ist.

In Argentinien wird diese Enteignung durch die extraktivistische Struktur der Wirtschaft noch verstärkt. Die mit dem Export natürlicher Ressourcen (Lithium, Gas, Erdöl, Agrarindustrie) verbundenen Arbeitsplätze sind sehr kapitalintensiv und bieten nur wenige Beschäftigungsmöglichkeiten. Ihre Rentabilität hängt von der Auslagerung ökologischer und sozialer Kosten ab. Denn viele Beschäftigte empfinden die Klimapolitik als direkte Bedrohung: Wenn der Rohstoffabbau gestoppt oder die Industrieproduktion eingeschränkt wird, versiegen auch ihre Einkommensquellen.⁴

Gewerkschaften, die in Sektoren wie dem Rohstoffabbau oder der Industrieproduktion aktiv sind, stehen vor einem ethischen und politischen Dilemma: Entweder sie stellen sich hinter die Produktion oder sie riskieren den Verlust ihrer Basis. Daher die defensive Reaktion. Um interne Spaltungen nicht zu vertiefen, wird die Umweltdebatte vermieden.

Das Ergebnis ist eine Bewegung, die zwischen Nostalgie nach stabilen Arbeitsverhältnissen und Angst vor der sozialen Bedeutungslosigkeit schwankt. Rechte Kräfte bieten stattdessen einen symbolischen Ausweg: die Angst in in Stolz zu verwandeln. Der Klimawandelleugnungsdiskurs schafft somit das, woran die Gewerkschaften scheitern: eine kohärente, aber falsche Erzählung.

2.4. Schweigen als Symptom der Spaltung

Die schwache Reaktion der Gewerkschaften gegenüber der Klimawandelleugnung liegt nicht nur an ihrer Zersplitterung, sondern auch an ihrem Schweigen. Ihr Schweigen ist keine Taktik, sondern Symptom eines Mangels an Begriffen. Jahrzehntlang haben Gewerkschaften gelernt, in Termini wie formeller Beschäftigung, Produktivität und Wachstum zu denken. Der heutige Kapitalismus konfrontiert sie jedoch mit Realitäten, die über diese Kategorien hinausgehen: Klimakrise, technologische Enteignung, ökologische Migration, Automatisierung.

Die meisten Gewerkschaftsführer:innen meiden diese Themen, weil sie keine einende Sprache finden. Die Gewerkschaften sind nicht aus ideologischen Gründen konservativ geworden, sondern weil sie das Sinnstiftende verloren haben. Rechte Regierungen müssen gar nicht zur Zensur greifen, das Echo bleibt aus.

Die FSAC versucht mit der Einführung von Begriffen wie „*just transition*“ oder „*One Health*“ diese Grammatik zu rekonstruieren. Dies geschieht aus einer unbequemen Position heraus: von innen heraus gegen die Gewerkschaftstradition. Ihr Beitrag ist nicht technisch oder doktrinär, sondern sprachlicher Natur. Sie ermöglicht es, die Beziehung zwischen Arbeit und Umwelt zu benennen, ohne in Oppositionen von „Beschäftigung“ und „Natur“ zu verfallen. Dieser Akt der Benennung hat tiefgreifende politische Auswirkungen: Er gibt der Gewerkschaftsbewegung ihre ursprüngliche Funktion der kollektiven Sinnstiftung zurück.

⁴Eine Analyse der Einbindung der Gewerkschaften in die lateinamerikanischen Rohstoffwirtschaften findet sich in der Arbeit von Maristella Svampa, *Neoextractivismo y crisis civilizatoria*.

Die Institutionalisierung dieser Perspektive stößt jedoch auf Widerstand. Das 2021 geschaffene Umweltsekretariat der wichtigsten Gewerkschaftszentrale blieb bis November 2025 untätig. Die Institutionalisierung zeigte keine Wirkung. Das Problem ist also kein Mangel an Strukturen, sondern ein Mangel an Überzeugung. Die Ökologie ist zu einer Bürokratiemaschine geworden und nicht zu einer gemeinsamen Sache.

2.5. Tätig werden

Aber es gibt Anzeichen für eine Veränderung. Die ökologische Krise wird durch Brände, Überschwemmungen und Dürren immer greifbarer und beginnt, in den Alltag der Menschen einzudringen. Die Vorstellung, dass der Klimawandel »keine Gewerkschaft hat«, nimmt ab. Die Herausforderung besteht nun darin, diese Wahrnehmung in Organisation zu verwandeln. Die Gewerkschaftsbewegung kann ihre Stärke gerade an den Rändern wiederfinden: in den am stärksten gefährdeten Sektoren, die Umweltrisiken und informeller Arbeit ausgesetzt sind. Dort, wo der Staat nicht hinkommt und der Markt nur ausbeutet, entstehen Erfahrungen der Selbstverwaltung und Zusammenarbeit, die die Grundlage für eine neue Gewerkschaftspraxis bilden können.

Damit dies jedoch geschehen kann, müssen die Gewerkschaften ihre Passivität aufgeben und aktiv politische Vorstellungen formulieren. Die Frage ist nicht, ob es einen ökologischen Wandel geben wird, sondern wer ihn politisch gestaltet. Wenn sich das Gewerkschaftswesen nicht engagiert, wird das Feld dem grünen Kapital und denselben Akteuren überlassen, die heute für Prekarität und Ausbeutung sorgen.

Die FSAC repräsentiert in dieser Ausgangslage eine Hypothese: Eine Gewerkschaftsbewegung, die nicht nur die erkämpften Rechte verteidigt, sondern auch die Bedeutung der Arbeit auf einem Planeten mit endlichen Ressourcen neu definiert. Sie leisten nicht nur auf der Straße oder vor Gericht Widerstand gegen die Macht der Klimawandelleugnung, sondern auch auf einer Ebene des Denkens.

3. Leugnung durch die Macht: Strategie der Enteignung

Der Klimawandelleugnung ist keine spontane Reaktion verwirrter Individuen, sondern ein Instrument der Wirtschaftseliten, das den ökologischen Zusammenbruch bewältigen soll, ohne die bestehenden Hierarchien zu verändern. Gestalten die Gewerkschaften den ökologischen Wandel nicht, dann tun es diejenigen, die gewährleisten wollen, dass sich trotz des Klimawandels nichts an der Macht- und Reichtumsverteilung ändert. Die Leugnung des Klimawandels läuft darauf hinaus, dass die Katastrophe zur Routine wird, die Zerstörung zum üblichen Hintergrundrauschen. Die Krise soll beherrschbare Normalität werden. Geleugnet wird nicht die Wissenschaft, sondern die Möglichkeit politisch etwas gegen den Klimawandel zu tun.

3.1. Regieren in Zeiten des ökologischen Kollapses

Regierungen, die den Klimawandel ignorieren, lehnen nicht das Klimarisikomanagement selbst ab, sondern privatisieren die Gefahren. Wo früher der Staat versuchte, selbst die Klimaanpassung zu planen, überträgt er nun das Überleben dem Einzelnen oder dem Markt. Versicherungen ersetzen öffentliche Politik, Kryptowährungen die Sozialwährungen und philanthropische Stiftungen Solidarität.⁵

Argentinien ist ein bezeichnendes Beispiel für diese Prozesse: Das Umweltministerium wird aufgelöst, aber private Fonds für „ökologische Wiederherstellung“ gefördert; der öffentliche Wissenschaft werden die Mittel gestrichen, internationalen Beratungsunternehmen, die grüne Audits verkaufen, die Tür geöffnet. Es handelt sich um eine institutionelle Ersetzung des Staates durch den Markt, sogar der Umweltdiskurs wird kommerzialisiert. Das Paradoxe

⁵ Naomi Klein analysiert in *On Fire: The Burning Case for a Green New Deal* die Privatisierung der Klimaanpassung.

daran ist, dass diese Variante der Klimawandelleugnung den Klimawandel trotzdem anerkennen muss, um gleichzeitig von ihm zu profitieren. Jede Katastrophe wird zu einer Geschäftsmöglichkeit: Klimaversicherungen, Emissionszertifikate, Kompensationsmärkte. Anstatt ökologische Schäden zu verhindern, werden sie zu einer Ware. Die ökologische Krise wird zu einer weiteren Form der Akkumulation, das sind eben jene falschen Lösungen.

Dieser Prozess drückt aus, was als Governance des Zusammenbruchs bezeichnet werden könnte: das Chaos verwalten, ohne es zu beheben.⁶ Auf zwei Ebenen findet eine Enteignung statt: Auf der materiellen Ebene verlieren die unteren Bevölkerungsschichten den Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen (Wasser, Energie, Land), auf der symbolischen Ebene verlieren sie das Recht, ihre eigene Vulnerabilität zu benennen. Die Politik der Verleugnung besteht nicht darin, den Klimawandel zu bestreiten, sondern darin, zu monopolisieren, wer über ihn wie sprechen darf.

3.2. Die Vereinnahmung der Gewerkschaften

Die Gewerkschaftsbewegung ist eines der Hauptziele dieser Strategie. Anstatt sie zu beseitigen, wird sie domestiziert. Man lädt sie zu Diskussionsrunden über »produktiven Wandel« oder »unternehmerische Nachhaltigkeit« ein, in deren Rahmen die ökologische Sprache ihres politischen Inhalts beraubt wird. Die Gewerkschaften werden zu Markenbotschaftern in einem Prozess, von dem sie eigentlich ausgeschlossen sind.

Große Unternehmen (insbesondere in den Bereichen Rohstoffgewinnung und Logistik) propagieren »grüne Arbeitsplätze«, die in der Praxis jedoch dieselben Ungleichheiten reproduzieren. Grüne Arbeit bedeutet in den meisten Fällen weder Demokratisierung noch bessere Löhne: Es handelt sich um dieselbe Arbeit unter einem anderen Namen. Die Rhetorik des Wandels wird genutzt, um technologische Abhängigkeit und die Unterordnung der Arbeit aufrechtzuerhalten.

Dieses Modell hängt mit den globalen Lieferketten zusammen. Die Länder des globalen Südens stellen natürliche Ressourcen und billige Arbeitskräfte bereit, um den Konsum des Nordens aufrechtzuerhalten.⁷ In diesem System ist die »Dekarbonisierung« der entwickelten Länder von der Rekarbonisierung der Peripherie abhängig. Das argentinische Lithium, das Erdgas aus Bolivien und das chilenische Kupfer sind die Basis für den grünen Umbau Europas und Asiens. Der ökologische Fußabdruck wird ausgelagert, er verschwindet nicht. Die Leugnung des Klimawandels streitet den Klimawandel an sich nicht ab, sondern vor allem seinen strukturell ungleichen Charakter. Die Arbeit wird gleichzeitig zum Opfer und Komplizen: Die Ausbeutung der Arbeit wird im Namen der ökologischen Wettbewerbsfähigkeit gerechtfertigt. Was früher Extraktivismus hieß, nennt man heute Innovation.

3.3. Die Kultur der Opferbereitschaft

In prekären Situationen wird Opferbereitschaft als Tugend dargestellt. »Man muss durchhalten«, »man muss produzieren«, »man muss sich anpassen«. Leiden wird zu einer nationalen Tugend, Arbeit zur moralischen Verpflichtung. Diese Kultur der Opferbereitschaft erfüllt eine politische Funktion: Sie naturalisiert Ungleichheit und absorbiert soziale Unruhen.⁸

Regierungen und Unternehmen nutzen diesen Diskurs, um Proteste zu entschärfen: Wer sich beschwert, „versteht nicht, welche Anstrengungen der Fortschritt erfordert“. Die Arbeit ist kein Recht mehr, sondern moralische Verpflichtung. Daraus entsteht eine erschöpfte, aber gehorsame Bevölkerung, die sich gar keine Alternativen vorstellen kann. Damit erreicht die Klimawandelleugnung etwas, das der Neoliberalismus nie ganz geschafft hat: eine Subjektivität, die sich mit

⁶ Bruno Latour könnte dies als Governance des Zusammenbruchs bezeichnen, wie er in *Down to Earth: Politics in the New Climatic Regime* analysiert.

⁷ Gary Gereffi analysiert in *Global Value Chains and Development* die strukturelle Abhängigkeit dieser Ketten.

⁸ Nancy Fraser untersucht in *Cannibal Capitalism*, wie dieses System die Demokratie, die Fürsorge und den Planeten verschlingt.

ihrer eigenen Prekarität ausgesöhnt hat. Es gibt keine Rebellion, weil es keinen Ausweg gibt. Der ökologische Zusammenbruch wird als Schicksal und nicht als Ungerechtigkeit wahrgenommen.

Unter diesen Bedingungen steht die Gewerkschaftsbewegung vor einer Entscheidung: Entweder sie reproduziert die Sprache der Opferbereitschaft – »zuerst kommt die Wirtschaft, dann die Umwelt« – oder sie bricht mit ihr. Im letzteren Fall braucht es jedoch mehr als nur ökologische Slogans. Es erfordert eine neue Definition davon, was Arbeit ist, für wen und wofür sie geleistet wird.

3.4. Eigentum, Produktion und Enteignung

Die Leugnung des Klimawandels ist so wirksam, weil hinter ihr eine rechtliche und wirtschaftliche Struktur steht: der moderne Begriff des Eigentums. Seit der industriellen Revolution wird Privateigentum als absolutes Recht auf die Verfügung über die Produktionsmittel verstanden. Diese Definition hat die ökologische Zerstörung ermöglicht, ohne auf die kollektive Verantwortung zu verweisen.

Die Klimakrise zwingt zu einer Neuaufnahme dieser Debatte. Die Machttechnik der Klimawandelleugnung versucht genau das zu verhindern. In der öffentlichen Verwaltung den Begriff des Klimawandels zu verbieten – wie es in Argentinien geschieht –, ist ein Rückfall in Zeiten, in denen die Privateigentümer unbesorgt und rücksichtslos über ihr Eigentum verfügen konnten. So greift die Enteignung immer mehr um sich: Sowohl Ressourcen als auch das Mitbestimmungsrecht über die Territorien gehen verloren. Die Arbeiter:innen werden aus dem Entscheidungsprozess über die Nutzung der Gemeingüter ausgeschlossen. Die Demokratie reduziert sich auf Konsum.

Eine transformatorische Antwort der Gewerkschaften kann hier ansetzen: Eigentum sollte wieder politisiert werden und nicht nur als Verfügungsrecht, sondern in seiner sozialen und ökologischen Dimension betrachtet werden. Die Arbeit könnte ihre zentrale Bedeutung zurückgewinnen – nicht weil sie Waren produziert, sondern weil sie die Gemeingüter erhält, die die Produktion ermöglichen. Diese Idee steckt noch in den Kinderschuhen, bietet aber das Potential für eine neue Werttheorie, die nicht mehr auf Akkumulation basiert.

3.5. Enteignung und Chancen

Wenn die Klimawandelleugnung die Angst organisiert, kann *labour environmentalism* die Hoffnung organisieren. Dabei geht es nicht um eine naive Hoffnung oder lineare Fortschrittsvorstellung, sondern um eine in der Katastrophe verortete Hoffnung, die sich darüber im Klaren ist, dass der ökologische Zusammenbruch auch ein Momentum der Öffnung bietet.

Jedes Mal, wenn die Regierung eine öffentliche Institution abbaut, hinterlässt sie eine Lücke. In diesem Vakuum können sich neue Formen der sozialen Organisation bilden. Es entsteht das, was wir als ökosystemische Chance bezeichnen: der Moment, in dem Systemfehler Möglichkeiten eröffnen, um die Verbindungen zwischen Arbeit, Natur und Gemeinwohl wiederherzustellen.

Die ökosystemische Chance ist weder technologischer Optimismus noch eine Politik der Anpassung. Sie ist eine Politik des Konflikts, eine Praxis, die aus Zerstörung entsteht. Menschen, die mit Überschwemmungen, Bränden oder Umweltverschmutzung konfrontiert sind, brauchen keine Nachhaltigkeitsleitlinien, sondern Instrumente, um auf die strukturellen Ursachen einzuwirken. Und diese Ursachen (Eigentum, Produktion, Macht) sind genau diejenigen, die der aktuelle Diskurs der Klimaleugnung zu verbergen versucht.

In diesem Sinne will *labour environmentalism* die alten Gewerkschaftsbewegungen nicht ersetzen, sondern an ihre historische Funktion erinnern: die Schaffung eines Raums, in dem die Gesellschaft lernt, das Gemeinwohl zu verteidigen. In Zeiten des ökologischen Kollapses kann man nicht einfach weiter möglichst viele Dinge produzieren. Es geht stattdessen darum, Beziehungen zu erschaffen, die das kollektive Überleben ermöglichen.

Die Machttechnik der Klimawandelleugnung ist so groß, weil sie Identität im Austausch für Gehorsam bietet. Die Gewerkschaftsbewegung kann sich dem nur entgegenstellen, wenn sie Zugehörigkeit im Austausch für Aktion anbietet. Diese Zugehörigkeit entstünde dann nicht mehr aus dem Beruf oder der Fabrik, sondern dem Territorium, das man bewohnt und schützt. Klimawandelleugnung gegen labour environmentalism ist kein Kulturkampf, sondern ein Kampf um den Sinn der Arbeit. Wird die Arbeit nicht umgedeutet und ihre Fürsorgefunktion für die gemeinsame Welt betont, wird sie zu einem Instrument des Zusammenbruchs degradiert.

4. Arbeit, Produktion und Reproduktion: hin zu einer Politik der Nachhaltigkeit

Die Machttechnik der Klimawandelleugnung stützt sich auf eine viel ältere Spaltung: die Trennung von Arbeit und Leben, von Produktion und Fürsorge, von Fortschritt und Lebensqualität. Diese Spaltung, die mit der industriellen Moderne entstand, führte dazu, dass Arbeit auf ein Mittel der Akkumulation reduziert wurde, anstatt der Erhaltung der Welt zu dienen. Die aktuelle Klimakrise ist letztlich die Krise dieser Auffassung von Arbeit.

4.1. Die moderne Arbeit: gegen die Welt produzieren

Seit dem 19. Jahrhundert gründen moderne Gesellschaften ihre politische Vorstellungswelt auf der produktiven Arbeit. Bürger zu sein bedeutet, am Kreislauf von Produktion und Konsum teilzunehmen. Eine formelle Beschäftigung ist der Schlüssel zu Würde und Integration.

Gleichzeitig wurde Arbeit zum moralischen Kriterium und Maßstab für den Wert des Menschen. Aufgaben wie Pflege, Reproduktion oder Erhaltung der Umwelt blieben außerhalb des wirtschaftlichen Bereichs. Die Natur und diejenigen, die sie schützen, wurden unsichtbar.

Dieser Prozess war Bedingung des industriellen Kapitalismus. Damit Lohnarbeit Gewinn abwerfen kann, müssen andere Arbeiten (unbezahlt, unsichtbar, als »unproduktiv« angesehen) weiterhin das Leben und die Umwelt sichern. So entstand die moderne Ordnung: eine auf Wachstum ausgerichtete Wirtschaft, gestützt durch die Verleugnung der Ökologie. Heute hat dieses Modell seine Grenzen erreicht, die Leugnung dessen erscheint als Abwehrreaktion. Die ökologische Krise wird gelehrt, um nicht eingestehen zu müssen: Die Grundlage des modernen Fortschritts beruht auf der Ausbeutung der Welt.

Die klassische Gewerkschaftsbewegung entstand genau in diesem Kontext. Ihr eigenes Heldentum basierte auf Vorstellung, den produzierten Reichtum umzuverteilen und nicht der Infragestellung der Produktionsweise, Darum mangelt es den Gewerkschaften heute an einer angemessenen Sprache für die Klimakrise, sie verteidigen Rechte innerhalb eines Systems, das das Leben nicht mehr schützen kann.

4.2. Die Arbeit, die erhält

Die Rolle der Arbeit im Zeitalter des ökologischen Zusammenbruchs neu zu überdenken, bedeutet nicht, Prekarität zu romantisieren oder Opferbereitschaft zu verherrlichen. Es geht darum, Arbeit wieder als etwas zu verstehen, das die Welt bewahrt und nicht zerstört.

Bei der Entwicklung dieser Perspektive bezieht sich die lateinamerikanische *labour environmentalism* auf konkrete Erfahrungen: Müllarbeiter:innen, die die öffentliche Gesundheit verteidigen; Feuerwehrleute, die die Ökosysteme im Kampf gegen die Waldbrände schützen; Arbeiter:innen, die in systemrelevanten Berufen lebenswichtige Infrastrukturen aufrechterhalten.

In diesen Fällen misst sich der Wert der Arbeit nicht an seinem Beitrag zum BIP, sondern an seiner ökologischen und sozialen Funktion. Arbeit soll Lebensraum schaffen, also eine Form von Wert, die nicht akkumuliert, sondern verteilt wird. Dies als »Arbeit« zu bezeichnen, ist ein politischer Akt: Das gegenwärtige Verständnis wird infrage gestellt, in dem der Reproduktion des Lebens kein Wert beigemessen wird.

Diese veränderte Sichtweise hat tiefgreifende Konsequenzen. Wenn Fürsorge und Regeneration in den Mittelpunkt rücken, liegt der Schwerpunkt der Arbeitspolitik nicht mehr auf wirtschaftlichem Wachstum, sondern in der kollektiven Fähigkeit, die Lebensbedingungen aufrechtzuerhalten. Der Lohn ist dann nicht mehr bloße Entlohnung für die geleistete Arbeitskraft, sondern auch eine Anerkennung für Erhaltung des Gemeinsamen und der Welt.

4.3. Produktion, Reproduktion und Politik der Fürsorge

Die Trennung zwischen Produktion und Reproduktion ist nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch politischer Natur. Produzieren bedeutet, die Zeit zu beherrschen: planen, ansammeln, expandieren. Reproduzieren hingegen bedeutet, das Bestehende zu erhalten, zu reparieren, zu pflegen. Der Kapitalismus hat die Produktion zum zivilisatorischen Ideal erhoben und die Reproduktion in die Unsichtbarkeit des häuslichen oder ökologischen Bereichs verdrängt. Die Fortschrittskultur basiert auf der Abwertung der Fürsorge.

Die Klimawandelleugnung profitiert von dieser Hierarchie. Ihre Stärke liegt in dem Versprechen, die Macht der Produktion zurückzugewinnen. Sie verachtet die Ökologie, weil ihr Fürsorge als Schwäche erscheint.

Die zeitgenössische politische Ökologie kehrt diese Gleichung jedoch um. Sie behauptet, dass Fürsorge kein Verzicht ist, sondern eine höhere Form des politischen Handelns, die auf das Gemeinwohl ausgerichtet ist. Mit dieser Verschiebung wird auch der Begriff des Fortschritts neu bestimmt: Es geht nicht um mehr Wachstum, sondern um ein besseres Leben. Und das ist eine zutiefst arbeitsbezogene Aufgabe. Sie beinhaltet eine Neuorganisation der Arbeit, eine Umverteilung der Zeit und eine Neubestimmung der Produktivität.

4.4. Die Verwundbarkeit der modernen Gewerkschaftsbewegung

Die traditionelle im Industriezeitalter entstandene Gewerkschaftsbewegung legitimierte sich durch die zentrale Bedeutung der stabilen und formellen männlichen Lohnarbeit. Das historische Subjekt des Fabrikarbeiters prägte ihr Narrativ: Einheit, Verhandlung, Fortschritt. Die heutige Arbeitswelt zeichnet sich allerdings durch Fragmentierung aus: Plattformen, Outsourcing, Informalität, Verlagerung.

Die Gewerkschaften sehen sich einer Welt gegenüber, in der die Fabrik nicht mehr im Mittelpunkt des Konflikts steht und der Kampf um Löhne einhergeht mit einem Kampf um Wasser, Boden und Luft. Die Debatten um diesen Wandel sind für die Gewerkschaften fremdes Terrain. Ihr Verlust an organisatorischer Dichte führt zu einem Verlust an politischen Visionen. Die Klimawandelleugnung nutzt diese entstandene Lücke aus, präsentiert sich als einziger Diskurs, der inmitten des ökologischen Kollaps eine Identität anbietet.

Der Schlüssel liegt also nicht nur in der Neuorganisation von Strukturen, sondern in der Neuentwicklung eines Sinns der Arbeit. Wenn die Gewerkschaften an der Idee festhalten, dass es ihre Aufgabe ist, die Produktion zu erhalten, verteidigen sie im Endeffekt ein Modell, das sie selbst irrelevant macht. Wenn sie sich jedoch auf die Aufgabe konzentrieren, die Nachhaltigkeit des Gemeinsamen und der Welt zu gewährleisten, gewinnen sie ihre historische Rolle als moralische und politische Kraft zurück.

4.5. Ökosystemische Chance: vom Schaden zum Handeln

Das Konzept der ökosystemischen Chance⁹ ermöglicht es, sich die Transformation vorzustellen, ohne in Hoffnungslosigkeit oder Optimismus zu verfallen.

Sie bezeichnet das Momentum, in dem die ökologische und soziale Krise eine Lücke für politische Neugestaltung schafft. Neue Akteure, Sprachen und Allianzen, die den Sinn der Entwicklung in Frage stellen, entstehen dann, wenn die Ströme von Materie, Energie und Macht ausreichend aus dem Gleichgewicht geraten.

Die ökosystemische Chance entsteht aus der Überwindung der Kluft zwischen dem, was das System zerstört und dem, was die Gemeinschaften zu reparieren versuchen - im Gegenzug zu den „Möglichkeitsfenstern“ der Umweltökonomie, die auf eine geordnete Veränderung innerhalb des Systems setzt.

Hier können Gewerkschaften eine entscheidende Rolle spielen: Sie können die ökologische Zerstörung in Rechte und in eine Aktionsplattform verwandeln. Die Arbeiter:innen sollen nicht an den ökologischen Kollaps angepasst, sondern die Krise repolisiert werden: Denn hinter jeder Naturkatastrophe steht eine Eigentumsstruktur, eine Steuerpolitik und eine Produktionskette, die Gewinne und Risiken ungleich verteilt.

Die ökosystemische Chance ist kein abgeschlossenes Programm sondern eine methodologische Perspektive. Ausgehend von der Materialität des Planeten wird die Realität aus gewerkschaftlichen Augen betrachtet: konfliktreich, kollektiv, historisch.

4.6. Hin zu einem Gewerkschaftswesen der Interdependenz

Auf diese Weise definiert sich der *labour environmentalism* nicht durch die Themen, mit denen er sich befasst, sondern durch die Logik, die er verkörpert: die der Interdependenz.

Während die Rechten die Verbindung zwischen Arbeit und Natur leugnen, müssen die Gewerkschaften sie klar bejahen. Ihre Aufgabe besteht nicht mehr in der Vertretung eines Sektors, sondern darin, Verbindungen zwischen Sektoren, Territorien und Generationen herzustellen, was eine neue Institutionalität erfordert.

Tarifverhandlungen können Umweltklauseln enthalten, gemischte Sicherheits- und Gesundheitskomitees auf ökologisches Management ausgeweitet, Netzwerke informeller Arbeitnehmer zu Knotenpunkten für Umwelt- und Sozialmonitoring werden. Am Wichtigsten ist jedoch eine Veränderung der Erzählung: Eine Abkehr von der Gewerkschaftsbewegung des Widerstands hin zu einer Gewerkschaftsbewegung der Fürsorge.

Fürsorge bedeutet keine Resignation, sondern die Verteidigung des Unverzichtbaren. In einer Welt, in der das Leben selbst prekär geworden ist, ist Fürsorge die radikalste Form des Kampfes. Die ökosystemische Chance verspricht keine Stabilität, sondern Sinn: eine Arbeit, die sich wieder in die Kontinuität des Lebens einschreibt.

4.7. Den Wert neu definieren

Die Gewerkschaftsbewegung des 21. Jahrhunderts muss den Begriff des Wertes neu definieren. Wert kann nicht mehr nur an der Produktivität gemessen werden, sondern muss sich an der Fähigkeit orientieren, menschliche und natürliche Ökosysteme zu erhalten. Durch diese begriffliche Veränderung werden alle Arbeitsinstitutionen neu definiert: der Lohn, die Arbeitszeit, die soziale Sicherheit.

- Der Lohn sollte nicht nur die geleistete Arbeitszeit berücksichtigen, sondern auch die eingesparte Zeit: die eingesparte Energie, die vermiedene Umweltverschmutzung, das geschützte Leben.
- Die Arbeitszeit sollte das Recht auf ökologische Erholung berücksichtigen, auf eine Freizeit, in der die Umwelt nicht ausgebeutet wird.
- Die soziale Sicherheit sollte auch die Umweltsicherheit umfassen: saubere Luft, sicheres Wasser, ein lebenswertes Klima.

Bereits existierende Rechte sollen nicht ausgeweitet, sondern neue Rechte geschaffen werden, die einer Welt mit endlichen Ressourcen entsprechen. Die Arbeit der Zukunft besteht nicht darin, mehr zu produzieren, sondern das, was noch nicht verloren gegangen ist, am Leben zu erhalten.

5. Schlussfolgerung: Auf dem Weg zu einer neuen Arbeitsgrammatik

Die Offensive der Klimawandelleugner ist kein vorübergehendes Phänomen, sondern das politische Gesicht einer schlecht gemanagten Transformation. Sie zielt nicht darauf ab, die Wissenschaft zu widerlegen, sondern eine Wirtschaftsordnung zu schützen. Was verteidigt wird, ist nicht die Wahrheit, sondern das Eigentum; nicht die Freiheit, sondern das Vorrecht einiger weniger auf die Allgemeingüter.

Die Reaktion der Gewerkschaften auf diese Offensive war uneinheitlich, manchmal stumm, manchmal symbolisch. Das ist keine Gleichgültigkeit, sondern spiegelt eine Bewegung wider, die noch auf der Suche nach einer Sprache ist, um eine auseinanderfallende Welt zu beschreiben. Die Gewerkschaften, die in der Industriezeit die Stimme der Arbeit war, haben noch keine Worte gefunden, um über die Arbeit im Zeitalter des ökologischen Kollaps zu sprechen.

Diese Sprache zu entwickeln ist eine historische Aufgabe. Sie erfordert einen doppelten Ansatz: einen kritischen und kreativen. Kritisch, weil sie die stillschweigende Allianz zwischen Gewerkschaftswesen und Produktivismus, sozialer Gerechtigkeit und unbegrenztem Wachstum aufbrechen muss. Kreativ, weil sie neuer politische Visionen bedarf, die Arbeit nicht als eine die Natur verändernde Kraft zu sehen, sondern als eine Praxis, die es ermöglicht, die Natur weiter zu bewohnen.¹⁰

5.1. Die gemeinsame Welt benennen

Den Klimawandel in den Kontexten zu benennen, in denen es verboten ist, ist ein Akt der Auflehnung. „Klimawandel“ zu sagen, wenn es von der Macht verboten wird, zeigt, dass die Sprache noch immer der Bevölkerung gehört, dass die Realität nicht privatisiert werden kann.

Diese kleine, fast subversive Geste ist der Anfang des Wiederaufbaus der Gewerkschaftsbewegung: Die Wiederaneignung des Wortes, um sich auch die Welt wiederanzueignen.

Jedes Mal, wenn eine Gewerkschaft ein Feuchtgebiet, einen Wald, ein Wassereinzugsgebiet oder eine Stadt gegen Zerstörung verteidigt, verteidigt sie mehr als nur die Umwelt: Sie fordert ihr Recht ein, als politischer Akteur in diesem Territorium zu existieren. Labour environmentalism vergrößert die eigene Agenda nicht, sondern definiert sie neu. Es geht nicht nur um ein Thema mehr, sondern um die Bedingung für alle anderen Themen.

¹⁰ Die ILO bietet ebenfalls Leitlinien für einen gerechten Übergang an.

5.2. Vom Gewerkschaftswesen des Widerstands zum Gewerkschaftswesen der Interdependenz

Die Geschichte der Gewerkschaften ist vor allem eine Geschichte des Schutzes: der Löhne, der Arbeitszeiten, der Stabilität. Heute reicht dieser Schutz nicht mehr aus, im Zentrum steht nicht mehr die Frage, wie viel verdient wird, sondern ob es überhaupt noch eine Welt gibt, in der es möglich ist zu arbeiten.

Die Gewerkschaftsbewegung der Zukunft kann sich nicht mehr auf Widerstand beschränken, sondern muss die ökologische Transformation mitgestalten, ihre Ausrichtung und Sinn diskutieren. Übergehen von einer Logik des Widerstands hin zu einer Logik der Interdependenz.

Solidarität im 21. Jahrhundert bedeutet nicht mehr nur Solidarität zwischen den Arbeiter:innen sondern zwischen den Arbeiter:innen, Gemeinschaften und Ökosystemen. Arbeits- und Umweltkämpfe laufen nicht parallel nebeneinanderher: Es ist ein und derselbe Kampf aus zwei verschiedenen Perspektiven.

Wenn eine Gewerkschaft sich weigert, ein Produktionsmodell zu akzeptieren, das die Umwelt kontaminiert oder zerstört, bremst sie Entwicklung nicht aus, sondern verteidigt das Recht auf eine Zukunft. *Just transition* ist keine technische Frage, sondern stellt den Sinn des Fortschritts in Frage.

5.3. Die moralische Funktion der Arbeit wiederherstellen

Die Leugner des Klimawandels haben es geschafft, die Arbeitsmoral zu kolonisieren: Opferbereitschaft wurde zur Tugend und Gehorsam zum Patriotismus. Die Antwort darauf kann nicht nur technischer oder programmatischer Natur sein, sie muss moralisch und kulturell sein.

Die Gewerkschaftsbewegung entstand einst als moralische Bewegung, die in der Lage war zu bestimmen, was als ein gerechtes Leben gilt, was als Arbeit bezeichnet werden kann und was nicht. Diese Moral wiederherzustellen bedeutet zu erklären, dass Beschäftigung nicht erhaltenswert ist, wenn sie die Lebensgrundlagen zerstört. Dass nicht jede Investition Fortschritt bedeutet, wenn sie prekäre Arbeitsverhältnisse schafft und die Umwelt verschmutzt. Dass Technologie nicht neutral ist, wenn sie Ungleichheit schafft.

Die neue zentrale Bedeutung der Arbeit würde dann nicht mehr aus ihrer Quantität schöpfen, sondern ihrer moralischen Qualität, der Welt, die sie zu erhalten sucht.

5.4. Vom Übergang zur Neugründung

Die Begriffe Transition und Transformation wurden von der Technokratie vereinnahmt. In der heutigen Sprache bezeichnen sie eine geordnete Abfolge von Reformen, die ein weiteres Wachstum mit weniger CO₂-Ausstoß ermöglichen sollen. Was wir jedoch täglich beobachten, ist ein Bruch. Gemeinden, die durch Brände vertrieben wurden, Städte ohne Wasser, Arbeiter:innen, die durch Umweltverschmutzung oder extreme Hitze erkrankt sind, erleben keinen allmählichen Prozess: Sie erleben Verlust.

Deshalb reicht es nicht mehr aus, von einer *just transition* zu sprechen. Was auf dem Spiel steht, ist die Neugestaltung der Arbeit als einer weltweiten Praxis. Wir müssen anerkennen, dass der auf Wachstum, Konsum und Expansion basierende Sozialvertrag des 20. Jahrhunderts nicht mehr tragfähig ist.

Die Gewerkschaften sind als Institutionen, die die Spannungen zwischen Produktion und Leben am besten kennen, in einer einzigartigen Position, um diese Neugestaltung voranzutreiben. Dazu müssen sie jedoch mit ihrer Nostalgie und auch mit den stillschweigenden Vereinbarungen brechen, die sie an die Logik des unendlichen Wachstums binden.

5.5. Politik der ökologischen Grenzen

Die Ökologie führt ein unbequemes politisches Prinzip ein: die ökologische Grenze. Diese Grenze meint weder einen Mangel noch Verbote, sondern einen Maßstab. In einer endlichen materiellen Welt besteht Gerechtigkeit nicht darin, unendlich zu verteilen, sondern genug für alle zu erhalten. Die ökologische Grenze zu akzeptieren bedeutet nicht, auf Wohlstand zu verzichten, sondern ihn neu zu bestimmen. Es bedeutet, das Versprechen des Überflusses durch die Garantie der Kontinuität zu ersetzen.

Die Gewerkschaften spielen hier eine unersetzliche Rolle. Ein Jahrhundert lang waren sie die Hüter des Gleichgewichts zwischen Kapital und Arbeit. Jetzt können sie die Hüter des Gleichgewichts zwischen Arbeit und (Um-)Welt werden. Nicht weil sie die Wahrheit besitzen, sondern weil sie sich mit der Materie auskennen: Sie wissen, was es kostet, etwas zu produzieren, was verbraucht wird, was kaputt geht. Dieses praktische Wissen kann eine Pädagogik der Grenze werden.

Im Gegenzug zu Klimawandelleugnung, die Freiheit ohne Verantwortung verspricht, kann die Gewerkschaftsbewegung eine andere Freiheit bekräftigen: die Freiheit zu leben ohne zu zerstören.

5.6. Ein offener Schluss

Die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung ist keine gerade Linie, sondern eine Spirale aus Krisen und Neuerfindungen. Die Krisen, die wir heute erleben – Klimakrise, Umweltverschmutzung, Verlust der Artenvielfalt, die soziale Krise – bedeuten nicht das Ende der Arbeit, sondern das Ende einer bestimmten Art, Arbeit zu verstehen.

Die Gewerkschaftsbewegung des 21. Jahrhunderts darf sich nicht zwischen Beschäftigung und Umwelt entscheiden. Sie muss zeigen, dass es sich um dieselbe Sache handelt. Die Arbeit zu verteidigen bedeutet, eine Welt zu verteidigen, die Arbeit erst ermöglicht.

In Argentinien versucht die FSAC, diese neue Grammatik der Arbeit umzusetzen und den ökologischen Konflikt nicht als Umwelt-, sondern als Arbeitskonflikt zu verstehen; nicht als Konflikt um die Natur, sondern um das Soziale.

Der Klimaleugnerismus hingegen kann nur eine Epik des Untergangs bieten: die Freiheit zu konsumieren, während alles zusammenbricht. Seine Macht erschöpft sich in seinem Erfolg.

Wenn es der Gewerkschaftsbewegung gelingt, sich wieder mit dem Puls der Erde und den Erfahrungen arbeitender Menschen zu verbinden, kann sie zum Wiederaufbau beitragen. Gemeinsam mit der Hartnäckigkeit derer, die weiterhin reparieren, pflegen, kultivieren, Widerstand leisten, wird Arbeit wieder zu dem, was sie in ihrem tiefsten Sinne immer war: ein Bündnis zwischen den Menschen und der Welt, in der sie leben.

Artikel von Sol Klas und Gerardo Juara übersetzt von Elsa Steenbuck und Anne Tittor

Literaturhinweise:

- Dekret Nr. 124/2025, Wirtschaftsministerium der Republik Argentinien, mit dem das Unterstaatssekretariat für Klimawandel abgeschafft und der Begriff aus der offiziellen Kommunikation gestrichen wird.
- Fraser, N. (2022). *Cannibal Capitalism: How Our System Is Devouring Democracy, Care, and the Planet—and What We Can Do About It*. Verso.
- Fundación Ambiente y Recursos Naturales (FARN), Umweltbericht 2025 (Daten zur Unterfinanzierung von Umweltpolitiken in Argentinien).

- Gereffi, G. (2018). *Globale Wertschöpfungsketten und Entwicklung*. Cambridge University Press.
- Klein, N. (2019). *On Fire: The Burning Case for a Green New Deal*. Simon & Schuster.
- Latour, B. (2017). *Down to Earth: Politics in the New Climatic Regime*. Polity Press.
- Latour, B. (2017). *Où atterrir? Comment s'orienter en politique*. La Découverte. (Der Titel dieses Buches wird zwar zitiert, aber der Autor und das Jahr der ursprünglichen Fußnote entsprechen nicht dem Format im Text, im Gegensatz zu Latour (2017) mit dem Werk *Down to Earth*).
- Méda, D. (1998). *Le travail: une valeur en voie de disparition*. Aubier.
- Internationale Arbeitsorganisation (ILO). *Decent Work and the Just Transition: Framework for Social Dialogue in Climate Action*, 2021. Genf.
- Internationale Arbeitsorganisation (ILO). *Guidelines for a Just Transition towards Environmentally Sustainable Economies and Societies for All*, 2015.
- Internationale Arbeitsorganisation (ILO). *Weltweite Trends in der gewerkschaftlichen Beschäftigung*, 2023 (Über die Krise der gewerkschaftlichen Vertretung und den Verlust von Mitgliedern).
- Svampa, M. (2020). *Neoextractivismo y crisis civilizatoria*. Siglo XXI.